

# Protokoll

über die Landtagssitzung vom 30. Mai 1931.

Anwesend sind der fürstliche Reich Regierungskonferenzpräsident als Regierungskonferenzpräsident und alle Abgeordneten mit Ausnahme der Präsidenten Friedrich Mülser.

In Abwesenheit der Präsidenten führt der Regierungskonferenzpräsident Abge. Dr. Lutz den Vorsitz.

Regierungskonferenzpräsident Dr. Lutz eröffnet die Sitzung im Namen des Fürsten, nach Regierungskonferenzpräsident zum Regierungskonferenzpräsident beim Landtag und dem Konfessionen bestellt werden. Dem gilt es der Fürsten Ansehen, dass man ein Landtagsmitglied an der Spitze der Regierung sei und bringt im Namen des Landtags dem neuen Regierungskonferenzpräsident und dem Regierungskonferenzpräsident die Versicherung, dass die Regierung und Landtag Hand in Hand arbeiten.

Reg.-Konf. Präsident dankt dem Vorsitzenden für die freundlichen Worte. Er sagt nicht das erste Mal von diesem Fleiß, noch über eine weitere als unabweisliche Aufgabe. Er könne sich die Fortentwicklung des Regierungskonferenzpräsidenten, dass dieses für ihre Verantwortung sind die Landtagsmitglieder. Vor allem müssen die finanziellen Verhältnisse in Ordnung gebracht werden, denn wenn die Aufrechterhaltung und damit die Landtagsverwaltung zur Forderung, wenn bei kleinen und großen Sorgen. Er betonte seine Funktion nur als Überwachungs- und nicht als abge-

21  
schlossen, wenn die meine Anfertigung von-  
genommen und auf Grund derfallenden meine  
meine Requisitionen bestellt sei. So bitte um  
Unterstützung des Landesherrn.  
Hiermit wird das Protokoll der letzten Sit-  
zung unleserlich mit mir einer Klauen  
von Abwesenden Wenzels unleserlich  
Dortüber genehmigt.

Genehmigung der Tagesordnung.

Punkt I. Ansuchen um die Verlesung bei der  
Verlesung des Land zu der Sitzung der Anfer-  
tigungskosten für Köpfe beim Landesherrn.  
Der Hofkanzler, der Land, anzuordnen über  
die Aufstellung der Köpfe der Köpfe, ob für die  
sich für nicht um meine Köpfe, sondern  
um die Sitzung meiner Aufstellung. Die  
Ansuchen um die Verlesung sei für mich  
wenn müssen meine Festsetzung um die  
Wenzels unleserlich. Die Verlesung sei für mich,  
insoweit sei meine genehmigung genehmigt, die  
Landesherr zu kurzfristig anzubereiten. Die  
Landesherrn wollen mich von dem  
Konten unleserlich lassen. Wenn Kaiser genehmigt  
werden kann, so gut sein wenn es mich,  
selbst Einfließen sei es für genehmigt.  
Wir wollen keine Gefährdung, aber  
ich will mich nicht um die Köpfe mich nicht  
bringen. Von diesem Punkt soll mich  
mir die Anfertigung unleserlich, die  
wie für die Köpfe unleserlich unleserlich zu  
sich geben, wenn mich selbst keine zu mich  
sich geben. Die Köpfe unleserlich sich mich mich  
1,332,000 Meist mich sei zum größten Teil  
sich Einlieferung, auf. Aufstellung von Köpfe

durch die Mithelmerwerke aufzuführen, die  
 Kraft mittelst der aufgefundenen Firmen.  
 Die Lieferung dieser Objekte sollte 1/4 Million  
 Mark umfassen werden. Die Lieferun-  
 gen sind unzulässigmäßig unvollständig.

Abg. Joch fragt nun, ob die Lieferun-  
 gen in Bremen bestellt werden können, ob diese  
 immer geschehen, wenn keine die Bremen  
 gut ankommen.

Der Reg. = Graf erklärt, sobald er wisse, kann  
 mir die Käufe in Markt geschehen werden,  
 die Messingen etc. Lieferungen in Bremen.

Der Vorsitzende Dr. Lutz fragt nun, ob diese  
 ziemlich reichlich Bremen ankommen werden.

Bis 1. April dieses Jahres sind 14,580,000 K  
 anbezahlt worden. In Fortsetzung sind  
 zugesagt, aber auch die übrigen bis  
 15. April 799,000 Fr., allerdings sind für  
 diese Summe, zum festigen Teil zugesagt,  
 bestritten worden.

Abg. Meyer weißt seine Meinung dahin,  
 die Rückzahlung sei eine faktische Sache, ob  
 sie keine reine Schuld, sondern schon vor  
 einem selbstem Jahre bewilligt. In dem  
 Aug. Meyer wurde ob sich um seine Ge-  
 schäft. Die Besorgung für mich seine große  
 Geschäftigkeit Kosten für Meyer. Die  
 Zinsen sei ganz frei, aber unvollständig.

Willst du können nun ob in die Zeit  
 zurückzuführen.

Der Reg. = Graf bemerkt, die Rückzahlung sei  
 ja recht möglich gemacht. Die Personen  
 jedoch sei es um die Verordnungen fort-  
 gefahren. Es sei aber unmöglich gewesen,

jagt Fortsetzung zu verhalten. So würde mit Zustimmung des Landtages im Vorhinein wissen, die Pflicht in einer Fortsetzung zu bestehen. Die Markt könnte steigen, und wir wären dann in Finanzproben mit müssen das selbst die Dekretation zu verhalten.

Abg. Prof. Dr. Nigg glaubt, es wäre gut, wenn der Landtag sich klar und deutlich ausdrücken. Die Finanzkommission sollte die Punkte auf die die Forderungen des Landtages lauten und einmündig können vorzubringen, ob die Markt steigen oder fallen.

Abg. Prof. Diefelder stellt es für besser, wenn wir in unserer Mitteilung gesehen. Der Kredit müsse bewilligt werden, wir wären es pflichtig. Alle sollen den Kredit zu verhalten.

Prof. = Graf Ochselt: So sei mir ein Vorbehalt, wir wissen nicht, ob die Markt ob die wir nicht. Die Mitwirkung des Landtages sei notwendig.

Abg. Risp glaubt nicht, dass die Markt Fortsetzung geben, aber sofort sollte die Fortsetzung der Aufsicht werden, gesehen müssen wir. So wäre etwas anders, wenn es nicht sein sollte zu verhalten.

Auf die Anträge des Abg. Jochler, ob die Markt der wir in Deutschland liegen, und nicht der Vorhinein, dass sie nicht in Zürich und nicht in Deutschland liegen.

Abg. Peter Lüscher unterstützt Risp, es soll sofort die Fortsetzung der Aufsicht gemacht werden, damit man sicher sei.

Abg. Diefelder fragt an, wann die 600 Fr. Anzahlgeld für die Anleihe auszugeben.

worden sein, wenn hätte sie nicht beabsichtigt  
 zu sein, dass diese Fabriken unbedingt  
 füttern müßten werden müssen. Aber Ge-  
 sag über Fabrikenunterstützung sei nicht genug klar,  
 aber mehrere Juristen, die es versucht haben,  
 füttern sie für die Unterstützung und Unterstützung.  
 Die Finanzkommission füttere diese Fabriken  
 nicht sondern können, sondern nur der Land-  
 tag.

Der Vorsteher Dr. Lutz sagt dem, die Finanzkom-  
 mission habe beschlossen, man wolle die  
 6000 Fr. der Lutz annehmen, es habe nicht  
 unterstützt. Der Abg. Riff könne mehrere  
 Anträge machen geben.

Abg. Riff: In dem Falle sein die Ge-  
 bühren sehr wichtig, die Lutz sei der-  
 halb rechtlich nicht mehr schuldig. Die Gebüh-  
 ren seien unternommen inbegriffen.

Abg. Dr. Nigg sagt, es habe in einer früheren  
 Landtagssitzung seine Ansicht dahin äußern  
 gewesen, dass die Lutz zur Unterstützung dieser  
 Fabriken für die Gründung der Lutz un-  
 gefährlich wäre, es sei aber ein großer Vor-  
 teil, dass die Lutz der Unterstützung der Lutz  
 nicht wichtig sei. Man könne deshalb der  
 Finanzkommission keinen Vorwurf machen.

Die Besetzung könne sich nicht, sondern Ge-  
 fahrten möglichst unternehmen sein. Man  
 könne nicht Gefahr laufen, mehrere Ge-  
 fahrten zu vermeiden.

Abg. Dr. Nigg sagt dem, dass dies, was Riff  
 versucht haben, wichtig sei. Der Vorsteher solle  
 erklären, dass man unterstützen war,  
 die Fabriken unterstützen, nicht wissen es,  
 man habe 6000 Fr. angesetzt.

Abg. Dr. Nigg: es habe sich nicht unterstützen lassen,

man fütta mit diesem gelbe zwan Lumen  
zuzeln können. Es wäre ungenügend, das das  
Protokoll nur lesen müde, es gleiche ab mit,  
man es ab schreiben mit weiß sein.

Abg. Gerspner schließt sich dem Vorredner an, es  
gleich, die Kommission habe sich zu große Be-  
gaben ungenügend. Deren müßten un-  
ab sein. Mit der Lernaufgabe sei es  
noch ungenügend. Einzelne regierten sind  
unter fütten stillschweigend zu gesamt. Das  
müssen unter werden, sonst sage er nicht  
mehr je. — Wolfinger rief: Vertraulich!

Vorsitzender Dr. Lutz liest seinem das Protokoll  
der Verfassungsausschusses Sitzung vom  
7. Februar 1921 vor; derselbe geht hervor, man  
sich die Verhandlung ungenügend müde.

Abg. Wolfinger fragt an, ob die Kommission das  
Kunst habe, mit 30 Jahren abzusprechen, was  
mit der Reg.-Ges. verordnet, es sei im Ver-  
fahren zum Einmütigen.

Abg. Murrer: Die Sache solle geklärt werden,  
ob die Finanzkommission unzulässig ungenügend  
hat gemacht sei, die Verhandlung ungenügend  
lassen.

Abg. Riss: Es sei geklärt werden, das die  
Lutz das Kunst habe. Der Gesetz über Ver-  
schärfung sei nicht unzulässig ungenügend  
werden.

Reg.-Ges.: In der Sitzung sei in der ersten Be-  
sonnen mit  $\frac{1}{2}\%$  unzulässig werden, wir  
sind also mit  $\frac{3}{4}\%$  höher. In Murrer wir un-  
einzelnen Fällen kritisieren, das man  
ger werden wir by Kommiss. Die Lutz habe  
sich ungenügend <sup>gefallen</sup> unzulässig im Land ungenügend

und durch den Senat genehmigt. Firmen ge-  
wissen Wohlthätigkeit müßten wir geben.

Abg. Jördler: der Senat hat fast keine Quot-  
en von der Kirche, die Kommission hätte ab  
in der folgenden Landtagssitzung mittheilen  
sollen. Ein Akt sollte nicht sein, so frey  
und von dem Gerichte, die die Kommission  
von der Landtagssitzung werden seine in  
betreff der festgesetzten in der Ordnung.

Abg. Hennrich sagt, es ist ihm sehr zu erwei-  
nen, daß Regierung mit Kommission nicht  
die besten Absicht gehabt hätten, allein es  
soll klug und klar vorgegangen werden,  
daß man die Verwaltung der Kirche verbes-  
sere müsse.

Abg. Riß: es sei nicht möglich, daß es so  
sei. Man solle nicht unter Firmen ge-  
schrieben mit der Landtagssitzung arbeiten  
lassen. — Abg. Hennrich antwortet, man  
den Vertrag abgehebe.

Der Senat hat nach dem Protokoll vom 5. Februar  
1921 zur Aufklärung von nicht sagt, einige  
Gewissen hätten die Kirche so vergrößert,  
und unter anderem, jedoch der Senat habe sich  
allein für die Verwaltung der Kirche  
die Kirchenveränderung sehr, man sei in der  
Friedensverwaltung nicht wenig vorgegangen,  
den so würden sich die Gesellschafter sehr  
der Kirche werden.

Abg. Hennrich meint, bei so wichtigen Dingen  
sollte der Volk besser aufgeklärt werden.  
Niemand wisse, was der Senat für Vorteile  
biete. Bei der Zielsetzung hätten die Zeitungen  
und die Aufklärung.

Abg. Wolfinger: Wenn wir alle zum besten  
sind eine gute Meinung machen, dann  
Könnte leichter jetzt möglich sein.

Vorsitzender Dr. Lutz: Wir müssen zu einem  
neuen Gefühl, wir dürfen nicht die alten.

Nach dieser Debatte wird dem folgenden  
Beschluss gefasst und einstimmig angenommen:  
„Der Landtag gibt unter Zustimmung des Alt.  
1984 Reg. nach genehmigter Vertreibung seiner  
Zustimmung dafür, daß ein Anleihen im  
Betrag von 14 Millionen Mark bei der  
Kommunaldarlehnskasse zu dem mitgeteil-  
ten Bedingungen aufgenommen werden  
soll, wozu. daß dieses Anleihen zum Inge-  
fügen der Staatskasse in Frankfurt abgepflo-  
gen werden, wenn es notwendig ist. Mit  
der Durchführung dieser Aktion wird der Frau  
Regierungsrat beauftragt. Der Landtag  
der Vorberathungen unter der Zustimmung  
des Landtags. Gleichzeitig beschließt der Land-  
tag ferner, daß dieses Anleihen möglichst  
bald in eine Staatsanleihe umzuwan-  
delt werden.“

Zu diesem Beschlusse bemerkt der Frau Regie-  
rungsrat, daß man sich der neuen ge-  
meinsamen Zielsetzung lassen müsse, so könne  
nicht von München und über jedes Ding  
die Zustimmung des Landtags einholen,  
sondern gutem Glauben müssen wir leben, wenn die  
Vorberathungen zu speziellen Beschlüssen  
braucht werden sollen.

Gegen diese Voraussetzung des Frau Regierungsrats  
nimmt niemand im Landtag etwas ein.



Punkt II. Aufstellung einer zweigliedrigen Kom-  
mission, bezw. von zwei Unterausschüssen  
zur Kommission für Untersuchungen gegen In-  
anspruch der Gütersteuer.

Gewählt werden Rudolf Gerlach in Garmisch  
mit 13 und Robert Feist in Tübingen mit  
8 Stimmen.

Punkt III. Aufstellung einer Kommission zur  
Überwachung der Zolluntersuchungsämter.  
Regierungskommissär Oskalt gibt Aufklärung  
über den Zolluntersuchungsamt. Es sei jetzt  
bisher spezifizieren Volkswirtschaftsangelegen-  
heiten. Die Kommission solle sich verpflichten  
zur Prüfung zusammenzufassen sein. Land-  
wirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe  
und Konsumenten sollen vertreten sein.  
Es werden gewählt:

Lehreramt Fritz Höver, Tübingen.

Anton Löffel, München.

Rudolf Gerlach, Garmisch.

Dr. Feist, Tübingen.

Johann Krenner, Tübingen.

Josef Krenner, Tübingen.

Jakob Müller, München.

Abg. Feist erklärt, der Vertrag mit Österreich  
sei unzulässig. Reg. = Graf Oskalt versichert,  
er habe bei der Zusammenfassung in Wien  
hinbegünstigt bereits gewisse Vorteile.

Punkt IV. Passivität des Landwirtschafsausschusses  
Dallor gegen Zahlung einer Summe von 600 Fr.

Obv. Jerning er sagt derzu, man für vom Volk  
abgesehen, man solle abweisen, dass  
sehr gering, er sehr sehr Nebenbedingung  
und vor allem nicht mit Einverständnis.

Ray. = Graf Olyalt Klirt in der Sache nicht. Das  
war für ein glücklicherer Ausbruch, er sehr in  
der Zeit der missverständlichen feierliche  
die meisten Arbeit geleistet. Die Gussförmigkeit  
nicht bei der Sache für nicht klarer geworden.  
Dass sehr für Revision der Gemeinde, und  
Befürwortung nicht mehr. Seit 1897, also  
seit fast 25 Jahren, sehr in der fürstlichen  
Arbeit einen Gussförmigkeit. Er sehr viel Arbeit  
geleistet mit Labormittelabgabe, Melita  
fragen, dass für sehr sehr Zusammenhang  
Vergütung. Die Gussförmigkeit Logik  
für für die Gussförmigkeit, Geld zu beschaffen  
für für die Gussförmigkeit beschaffen, die  
selbst und sehr nicht, dass sehr ab ganz  
geleistet. Radner sagt, er für für notwendig  
ist, dass Gussförmigkeit zu beschaffen

Obv. Jovv bemerkt, die Revision für kein  
Gussförmigkeit, aber die Revision in diesem Form  
für für gefüllt. Im jungen Land  
sehr ab Mitarbeiter geben wegen der  
Zukunft für 1931. Die für für Land  
und für nicht gefüllt. Man solle ab-  
weisen.

Ray. = Dr. Jovv's Olyalt fragt, wo wir ab-  
weisen sollen, er nicht für notwendig  
für für, er für für für für, man solle  
abweisen, aber die Sache für für für für. In  
Österreich für für für für für für für für für für  
nicht mehr hergestellt werden. Dort für die

Alaya bewilligt, aber bei sechs mit Lu-  
gen und Betrug für vorerwähnten Dienst  
keine Verantwortung der Anstellung ge-  
währten.

Abg. Jovj meint, Tagelohn, Quoten und  
Kontrollen müssen wieder gewährt,  
für die seine Meinung gewesen.

Bay. = Graf Aschmann sagt, dass beim Ober-  
inspektoren 40% der Lohn für die Arbeit bezogen.

Abg. Dr. Nigg glaubt, dass die Lohn für die  
Arbeit, dass der Lohn für die Arbeit, so  
wie es nicht ist. So dass sie können, ob die  
600 Fr. zum Gehalt gehört haben.

Abg. Nigg glaubt, dass die Lohn für die  
Arbeit, dass der Lohn für die Arbeit, so  
wie es nicht ist. So dass sie können, ob die  
600 Fr. zum Gehalt gehört haben.

Bay. = Herr Meyer ist nicht für den Lohn.

Abg. Meyer meint, es ist nicht möglich.

Der Bay. = Graf sagt, dass die Lohn für die  
Arbeit, dass der Lohn für die Arbeit, so  
wie es nicht ist. So dass sie können, ob die  
600 Fr. zum Gehalt gehört haben.

Bei der Abstimmung würde der Lohn von  
600 Fr. mit 8 Stimmen bewilligt.

Die Punkte I und II der Tagesordnung (Mündlich  
Bericht über den Stand der Verhandlungen für 1919 und  
Mitteilung über die Verhandlungen) sind  
nicht besprochen.

Punkt III. Verhandlungen zur Genehmigung  
des Landesgesetzentwurfes über die

der Hauptpunkte des Gesetzes über die

Abg. Dr. Nigg betrauert den Tod, er findet ihn  
 aber begreiflich. Die Vermögen der  
 jungen Leutner. Die vorübergehende Gründe  
 betrauert er für nichtgünstig. Die fortwäh-  
 rende Wirkung der politischen Ereignisse. Kritik  
 müßten sich alle gefallen lassen. In allen  
 Fällen wollen wir Barmherzigkeit.

Abg. Pfister spricht in längerer Rede über  
 die Landeskommission. Er stellt voraussetz-  
 lich die Gütersteuer der Abgeordneten gegenüber  
 gestellt in der Sache. Diese Unterbrechung  
 sei ein Fehler. In Münchenberg seien die In-  
 stallationen besetzt, so sei das Interesse so-  
 gar für die Besetzung. Die Landeskommission  
 habe den Truppen für die Gelder bewilligt,  
 die nur der ganze Landtag hätte bewilligen  
 sollen. Dies sei ein Fehler. Man habe  
 sich nur der Gefahr der Landtag nicht ge-  
 kümmert. Er wolle sagen, daß die Unterbrechung  
 erlaubt worden. Den Markt mit Faltung,  
 aber den Marktmarkt stellen viele  
 Abgeordnete nicht zu Gesicht bekommen. Es sei  
 am 5. März 1920 beschlossen worden, den  
 Plan für die Finanzierung der Landes-  
 markt allenfalls durch Bildung einer Akti-  
 engesellschaft unter Beteiligung der Landtag  
 zu gründen und für die Landtag In-  
 stanz eine Unterbrechung zu stellen. Was wir wissen,  
 sei noch nicht vorgelassen worden, er frage, ob  
 überhaupt etwas geschehen sei in dieser  
 Sache. Das Wort sei bei den gemeinsamen  
 Verhandlungen über die Kreditreform  
 gewonnen und es sei nicht geworden. Es sei  
 der Kredit wenigstens geworden. Das Wort

im Unterland sei nicht allen Umständen  
widerüber. Ratener beabsichtigt, der  
Landschaft wolle beifügen, ob sie bezüglich  
der jungen Landesverwaltung  
ein vereinbarte Kaufverpflichtung einzu-  
föhen. Aber seit sollen sie über vorfindene  
Festhalten sind über die sofortige in zu-  
kunft.

Abg. Meyer (Mitglied der Landeskommision):  
Die Kommission haben die jungen Verordnungs-  
dinge mit sich, aber man möchte nicht eine  
Kommission wählen, mehrere Mitglieder  
müßten gewählt werden. Diese Sache ist  
gut.

Abg. Dörling: Es könnte nicht einen Lu-  
fen, diejenige sollen vorwärts gehen,  
die zur Kritik Anlaß gegeben hätten.

Abg. - Kommissar sagt darauf, daß man schon  
in zwei Kommissionsbüchlein das gemacht  
hat, man Dörling müßte, nämlich einen  
Kaufverpflichtung. 2<sup>te</sup> Satz sei zum Ka-  
furchen bestimmt worden.

Abg. Dörling: Wenn Satz Refusant ist, wer-  
den jetzt er nicht?

Der Vorsitzende 2<sup>te</sup> Satz sagt im Bezug  
auf die Kommission Dörling: Man solle das  
Gehter nicht mit dem Führen geben, so be-  
stehen, daß wir in diese Weise gut können  
sein. Man würde sich nicht überwinden  
werden, so würde nicht mehr können,  
wie es gegangen wäre.

Abg. Peter Dörling sagt, antworten sollen  
alle gehen oder alle bleiben. Dem

14  
sich ab nicht gefallen, erl. d. Luft gesung  
sich, wenn nur (d. Luft) gesungen werden,  
würde er nicht mehr kommen. Wenn  
sich ab für die meisten Abgeordneten, die  
des Mandats zurückgelegt hätten, wird  
nicht schwer gemacht, wieder zu kommen.  
Jetzt müssen alle von Flecke sein.  
Wenn alle dem Präsidium die Briefe  
schickten. Die Gründe für die  
sich nicht finden.

Der Abg. Pfeiffer findet diese Gründe nicht  
für stichhaltig und der Abg. Joch meint,  
es würde über den jungen Landtag ge-  
sprungen, um besser zu sein, wenn bald  
Wahlwahlen stattfinden.

Der Abg. Joch meint, es ist für die  
sich nicht, wenn nicht alle gesungen werden.  
So sehr dem Präsidium empfiehlt, zu blie-  
ben. Mit drei Mandaten hätten sie immer  
ein besserer Eindruck gemacht.

In gesungener Abstimmung wird dem  
Kommissionensbericht mit 12 Stimmen gegen 2  
abgelehnt.

Beschluss der Sitzung um 3/3 Uhr.

Johann Wahlen.

In der Sitzung vom  
30. Juli 1921 gesung.  
Fried. Wahlen Präs.

~~21/IV 1921~~  
~~nr 30 Sundst.~~

Landtagsakten 1921

e-archiv